

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 21. Januar 2022, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Roman Gugger (bis zur Wahl des neuen Stadtratspräsidenten) Stadtratspräsident Martin Allemann Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri (ab 17.25 Uhr; während Traktandum 1), Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Sonja Graf, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Christine Klopfenstein, Alice Kropf, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Marianna Oesch Bartlome, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Verena Schneiter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Ronald Wyss, Sarah Zaugg
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Andrea de Meuron und Katharina Ali-Oesch, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Stadtrat Nicolas Glauser und Stadträtin Nicole Krenger
Schluss der Sitzung	19:35 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur ersten Stadtratssitzung im Jahr 2022. Insbesondere heisst er die neuen Stadratsmitglieder Marianna Oesch Bartlome und Christine Klopfenstein sowie die neue Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch willkommen. Er weist den Rat auf die angepasste Traktandenliste (Reihenfolge Ersatzwahl Sachkommissionen, stadträtliche Kommissionen) hin.

1. Wahl des Stadratsbüros 2022

a) Stadratspräsidium (SP)

Die SP-Fraktion schlägt Martin Allemann (SP) zur Wahl vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Martin Allemann (SP) einstimmig zum Stadtratspräsidenten.

Der scheidende Stadtratspräsident **Roman Gugger** (Grüne) wünscht dem neuen Stadtratspräsidenten viel Befriedigung und Erfolg im Amt. Er gratuliert ihm herzlich zur Wahl.

Stadtratspräsident Martin Allemann (SP) führt aus, dass Roman Gugger den Stadtrat sehr gut geführt hat. Er freut sich auf die bissigen Voten von Roman Gugger als Stadratsmitglied. Er dankt für die Wahl. Es ist eine grosse Ehre für ihn, dass er die Sitzungen leiten und die Stadt Thun bei Anlässen vertreten darf. Er freut sich auf spannende Begegnungen. Es ist ein Perspektivenwechsel und das politische Bild verändert sich. SVP und FDP sind nun links von ihm und die SP sowie Grünen befinden sich auf der rechten Seite. Bei der Mitte hat sich nichts verändert. Aber dieser Eindruck stimmt nicht. Gegen Ende dieser Legislatur wird die Mitte im Hinblick auf die Wahlen stark umworben werden. In der Politik braucht es Perspektivenwechsel. Er dankt der Presse für die Berichte über ihn. Er dankt dem Stadtratssekretär bereits jetzt für die Einarbeitung und Unterstützung. Sein Motto lautet: «Gemeinsam für Thun». Die Probleme sollen gemeinsam angegangen und gelöst werden. Verlieren und gewinnen gehört dazu – aber immer mit Anstand und Fairness. Mit Corona ist die Gesellschaft schon genügend strapaziert. Es muss geschaut werden, dass sich dies nicht auf den Ratsbetrieb auswirkt. Er dankt seiner Frau für die Unterstützung und freut sich, dass seine Kinder heute dabei sein dürfen. Er entschuldigt sich bereits vorsorglich, wenn er bei Wortmeldungen die Namen nicht auf Anhieb sagen kann, da er manchmal damit etwas Mühe hat.

Der Stadtpräsident gratuliert dem neuen Stadtratspräsidenten im Namen des Gemeinderates zur Wahl.

Adrian Christen (SP) gratuliert dem neuen Stadtratspräsidenten im Namen der Fraktion.

b) Erstes Vizepräsidium (EVP+EDU)

Die Fraktion EVP+EDU schlägt Manfred Locher (EVP+EDU) zur Wahl vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Manfred Locher (EVP+EDU) einstimmig zum ersten Vizepräsidenten.

c) Zweites Vizepräsidium (SVP)

Die SVP-Fraktion schlägt Philipp Deriaz (SVP) zur Wahl vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Philipp Deriaz (SVP) einstimmig zum zweiten Vizepräsidenten.

d) Zwei Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen (glp/die Mitte und Grüne/JG)

Die Fraktion glp/die Mitte schlägt als Stimmenzähler Nicolas Glauser (glp/die Mitte) zur Wahl vor.

Die Fraktion Grüne/JG schlägt als Stimmenzählerin Cloe Weber (Grüne/JG) zur Wahl vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Nicolas Glauser (glp/die Mitte) und Cloe Weber (Grüne/JG) einstimmig als Stimmenzähler/in.

Der Rat wählt einstimmig Ronald Wyss als Ersatzstimmenzähler für den abwesenden Nicolas Glauser.

Der Stadtratspräsident unterbricht die Sitzung für zwei Minuten zum Einnehmen der neuen Plätze.

Auf den traditionellen kurzen Umtrunk muss aufgrund der aktuellen Lage infolge der Corona-Pandemie verzichtet werden.

2. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17. Dezember 2021

Der Rat genehmigt das Protokoll einstimmig.

3. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für die in den Gemeinderat gewählte Katharina Ali-Oesch (SP)

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, gratuliert dem Stadtratspräsidenten zur Wahl. Es ist absolut ungewöhnlich, dass zu einer SAKO-Ersatzwahl das Wort verlangt wird. Er richtet seine Worte an die SP-Fraktion, insbesondere an Stadtrat Adrian Christen. Nachdem bekannt wurde, dass die Schwester der neu gewählten Gemeinderätin an ihrer Stelle in die SAKO BiSK gewählt werden soll, hat er anlässlich der Dezembersitzung die Verschiebung von diesem Traktandum beantragt, die mehrheitlich und problemlos gewährt wurde. Stadtrat Christen sendete eine E-Mail an alle Fraktionen mit der Bitte um Stellungnahme zum Wahlvorschlag Marianna Oesch Bartlome für die SAKO BiSK. Für die SVP-Fraktion ist dies keine gute Ausgangslage, wenn derart enge familiäre Verbindungen zwischen der Vorsteherin und einem Kommissionsmitglied bestehen. Es besteht eine grosse Gefahr der bewussten oder unbewussten Befangenheit. Dies auch, wenn einer solchen Wahl reglementarisch nichts entgegensteht. Den nun vorliegenden Wahlvorschlägen kann die SVP bedenkenlos zustimmen. Er dankt der SP-Fraktion und den direkt betroffenen Stadträtinnen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, sagt, dass am letzten Donnerstag neue Vorschläge für die Ersatzwahlen in die SAKOs gemacht wurden, damit alle Fraktionen den SAKO-Besetzungen zustimmen können. Die vorherigen Vorschläge haben dem Reglement auch entsprochen. Eine gute Zusammenarbeit ist aber wichtig und es soll nicht von Anfang an Unstimmigkeiten geben. Er dankt den Stadträtinnen Marianna Oesch Bartlome und Christine Klopfenstein für ihre Flexibilität.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO BiSK wird als Mitglied anstelle von Katharina Ali-Oesch (SP) per sofort gewählt: Christine Klopfenstein (SP).

4. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für die zurückgetretene Vera Vuille (SP), Wechsel in der Sachkommission Bau und Liegenschaften

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

1. In die SAKO BiSK wird als Mitglied anstelle von Vera Vuille (SP) per sofort gewählt: Nina Siegenthaler (SP).
2. In die Sachkommission Bau und Liegenschaften wird als Mitglied anstelle von Nina Siegenthaler (SP) per sofort gewählt: Marianna Oesch Bartlome (SP).

5. Stadträtliche Kommissionen 2022

Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der Sachkommissionen

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Gestützt auf die Wahlvorschläge der Fraktionen sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 und in Anwendung von Artikel 20 Absatz und Artikel 21 des Geschäftsreglements des Stadtrats beschliesst:

Die Präsidien und Vizepräsidien der Sachkommissionen werden wie folgt gewählt:

	<i>Sachkommission</i>	<i>Amt</i>	<i>Person</i>	<i>Fraktion</i>
a)	SAKO P+StE	Präsidium	Manon Jaccard	SP
		Vizepräsidium	Nicole Krenger	glp/die Mitte
b)	SAKO B+L	Präsidium	Reto Schertenleib	SVP
		Vizepräsidium	Adrian Christen	SP
c)	SAKO BiSK	Präsidium	Sonja Graf	SVP
		Vizepräsidium	Nina Siegenthaler	SP
d)	SAKO Si+So	Präsidium	Ronald Wyss	glp/die Mitte
		Vizepräsidium	Cloe Weber	Grüne/JG
e)	SAKO FIRU	Präsidium	Alwin Hostettler	Grüne/JG
		Vizepräsidium	Alois Studerus	glp/die Mitte

6. Personalvorsorgereglement vom 13. Dezember 2013 (PVR; SSG 153.41), Teilrevision. Genehmigung und rückwirkende Inkraftsetzung per 1. Januar 2022

Anpassung Artikel 9 betreffend unbezahlten Urlaub, Artikel 12 betreffend Koordinationsabzug sowie Artikel 36d betreffend Übergangsbestimmungen per 1. Januar 2022

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass mit der Teilrevision dem geänderten überordneten Recht Rechnung getragen werden soll. Seit dem 1. Januar 2021 gilt ein stufenloses Rentensystem. Für die Rentenhöhe kommt es dabei auf jedes Prozent des IV-Grades an. In der 2. Säule sollen die gleichen Bemessungskriterien gelten. Die Pensionskassenkommission und der Gemeinderat haben beschlossen, eine entsprechende Teilrevision zu verabschieden. Gleichzeitig wurden Anpassungen zum unbezahlten Urlaub gemacht, was den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen soll und arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmerfreundlich ist. Die Versicherten hatten bis anhin die Pflicht, ausser den persönlichen, auch die Beiträge des Arbeitgebers zu leisten und für die Risiken Tod und Invalidität konnten sie sich mitversichern. Neu können sie wählen, ob sie nur die Beiträge zur Deckung der Risiken Tod und Invalidität sowie an die Verwaltungskosten leisten wollen oder ob sie zusätzlich die Altersvorsorge weiter aufbauen wollen. Es wird eine rückwirkende Inkraftsetzung per 1. Januar 2022 beantragt, weil aktuell keine IV-Renten-Bezüger von dieser Teilrevision betroffen sind.

Franz Schori, **SAKO FIRU**, teilt mit, dass es sich um einen Nach-Vollzug von Änderungen im IV-Gesetz handelt. Die städtische Pensionskasse hat drei Personen, die eine IV-Rente beziehen und jünger als 55 Jahre alt sind. Bei diesen Personen hat die Teilrevision nur dann einen Einfluss, wenn sich aufgrund einer Neuurteilung eine Änderung des Invaliditätsgrades ergeben würde. Die SAKO empfiehlt einstimmig bei einer Abwesenheit die Annahme dieser Teilrevision.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, würdigt die Anpassung in Artikel 9 zum unbezahlten Urlaub, weil die Wahlfreiheit in Bezug auf die Einzahlung der Arbeitgeberbeiträge den Vorstellungen der SP eines selbstbestimmten Lebens entspricht. Die Fraktion ist sowieso der Meinung, dass die AHV gestärkt werden sollte, weil sie zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und weniger Armut im Alter führt. Besonders für Frauen und Geringverdienende ist dies wichtig. Mit wenig Freude stimmt die Fraktion auch den Anpassungen für die IV-Rente zu. Für IV-Bezügerinnen und Bezüger ist es ein Nachteil.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU**, sagt, dass die Fraktion die Revision des Personalvorsorgereglements einstimmig unterstützt.

Alwin Hostettler, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass die Fraktion der Teilrevision einstimmig zustimmt.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die Fraktion die vorgeschlagenen Änderungen einstimmig unterstützt.

Alois Studerus, **Fraktion glp/die Mitte**, erörtert, dass die Teilrevision zu einer gerechten Neuberechnung der IV-Renten führt. Die Wahlfreiheit betreffend den unbezahlten Urlaub wird begrüsst. Die Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Markus van Wijk (FDP) teilt mit, dass die FDP die Teilrevision dieses Reglements genehmigt.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Dezember 2021, beschliesst:

1. Genehmigung der Teilrevision des Personalvorsorgereglements und rückwirkende Inkraftsetzung per 1. Januar 2022.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

7. Sanierung und Erweiterung der Primarschule Lerchenfeld

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 292'000 Franken für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs

Gemeinderat Konrad Hädener hat keine ergänzenden Ausführungen zum Geschäft.

Simon Werren, **SAKO B + L**, führt aus, dass ein Architekturwettbewerb für die Sanierung der Primarschule Lerchenfeld durchgeführt werden soll. Die SAKO hat dem Architekturwettbewerb einstimmig zugestimmt.

Simon Werren, **Fraktion glp/die Mitte**, erörtert, dass das Hauptgebäude im Jahr 1926 erstellt worden ist und mit diversen Gebäuden ergänzt wurde. Diese Gebäude sollen nun umgebaut und ergänzt werden, damit sie auf dem Gelände optimal platziert sind. Um den Schulbetrieb während der Bauphase zu gewährleisten, ist eine etappierte Vorgehensweise notwendig. Es fragt sich, ob nicht ein Provisorium erstellt werden soll. Der Wettbewerb wird diese Antworten liefern. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, um die Situation zu verbessern. Der Terminplan von sieben Jahren scheint nicht ehrgeizig und wird sich hoffentlich nicht bewahrheiten. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU**, anerkennt die baulichen Anforderungen und die betrieblichen Bedürfnisse. Für das umfangreiche Projekt wurde eine Etappierung in drei Teilen geplant. Davon verspricht sich der Gemeinderat und die Fraktion, dass die beste Lösung gefunden werden kann und Kosten- sowie Zeitersparnis resultieren. Es handelt sich um ein grosses Projekt. Grundsätzlich begrüsst die Bevölkerung das Projekt sehr. Die lange Bauphase löst aber keine Euphorie aus. Kinder, die heute geboren werden, werden keine fertige Schulanlage erleben. Räume der Armasuisse könnten eventuell zwischengenutzt werden, damit die Bauzeit beschleunigt werden könnte. Die Fraktion genehmigt einstimmig den Verpflichtungskredit.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, findet offensichtlich, dass die Schulanlage Lerchenfeld einen hohen Sanierungsbedarf aufweist. Die Vorgehensweise des Gemeinderates mit der Gründung eines Koordinationsorgans scheint geglückt. Die daraus hervorgehenden Entscheide sind nachvollziehbar. Dass das Quartierzentrum bereits dieses Jahr fertiggestellt wird und damit mehr Spielraum für die Schule entsteht, ist ein geschickter Schachzug. Bis zur Beendigung der Bauarbeiten geht es noch zehn Jahre. Die Fraktion begrüsst, dass ein Architekturwettbewerb durchgeführt wird. Er befürchtet, dass aufgrund der offenen Formulierung betreffend Ökologie diesbezüglich am ehesten Kompromisse eingegangen werden. Es sollen konkrete Forderungen gestellt werden, damit die Projekte darauf ausgerichtet werden können. Für das Erreichen des Energiestadtlabels Gold muss die Schule energetisch top sein. Was 2032 eingeweiht werden soll, wird auch noch 2050 stehen und darüber hinaus. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die Sanierungsbedürftigkeit gänzlich unbestritten ist. Einzelne Fraktionsmitglieder fragten sich, wieso eine teure Wettbewerbsform die beste ist. Die Verwaltung argumentiert, dass ein Wettbewerb für die Einhaltung des Standards SNBS erforderlich sei. Aus ihrer Sicht kann auch ohne Zertifikat nachhaltig gebaut werden. Beim offenen Verfahren beim Krematorium gingen aus aller Welt Bewerbungen ein und dies musste geprüft werden. Insgesamt scheint die Wettbewerbsform mit Vorselektion effizienter, auch wenn diese teuer ist. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) begrüsst, dass die Sanierung der Primarschule Lerchenfeld priorisiert vorangetrieben wird. Das Lerchenfeld wächst und so kann künftig ausreichend Schulraum zur Verfügung gestellt werden. Es ist schön, dass auf nachhaltige Kriterien geachtet wird. Grünflächen sollen gefördert werden. Begrüsst wird auch, dass eine neue Sporthalle geplant ist. Die Kosten des Sanierungs- als auch des Erweiterungsbaus sowie die Wettbewerbskosten sind sehr hoch. Das vorgesehene Verfahren ist trotz der hohen Kosten grundsätzlich sinnvoll. Verglichen mit den bereits bewilligten Kosten für die Schulanlage OS Strättligen sind die Kosten für den Wettbewerb im ähnlichen Rahmen. Fraglich ist, ob in jedem Fall so ein Architekturwettbewerb zu vollziehen ist. Es stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien die Planungsteams ausgewählt worden sind. Die finanzielle Tragbarkeit des Kredites scheint gegeben, wodurch die FDP dem Verpflichtungskredit zustimmt.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, nimmt vorweg, dass die Fraktion dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmt. Es gibt aktuell zu wenig Platz, nicht zeitgemässe Infrastruktur und einen hohen Sanierungsbedarf. Auch Sportvereine werden aufgrund des Baus der neuen Sporthalle mehr Infrastruktur nutzen können. Der Wettbewerb ist der richtige Weg, auch wegen des SNBS. Die vage Formulierung betreffend Nachhaltigkeit ist nicht erfreulich. Die Fraktion nimmt den Gemeinderat beim Wort und besteht auf eine entsprechende Umsetzung.

Gemeinderat Konrad Hädener sagt, dass es wohl das grösste Hochbauprojekt ist, dass die Stadt derzeit in Angriff nimmt. Zur Frage von Stadtrat Christen sagt er, dass der SNBS verankert wurde, weil es ein ausgeglichener Standard ist, der Nachhaltigkeit in allen drei Dimensionen berücksichtigt. Dies sind neben der Ökologie auch die Ökonomie und die gesellschaftliche Dimension. Es fand ein partizipativer Einbezug vieler Interessengruppen statt. Es besteht die Absicht, alle Dimensionen im Wettbewerb spielen zu lassen. Zum Anliegen von Stadträtin Lehmann Rickli führt er aus, dass die Projektteams noch nicht festgelegt sind. Der heutige Kreditbeschluss ist die Voraussetzung für die erste Stufe des Wettbewerbs. Auch der Gemeinderat schaut kritisch auf die Kosten des Wettbewerbs. Der SNBS schreibt SIA-Wettbewerbe vor. Durch eine geschickte Planung können Provisorien minimiert werden. Damit können die Wettbewerbskosten wieder eingespart werden. Auf diesem Weg wird sich die Wirtschaftlichkeit des Wettbewerbs auszahlen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. Dezember 2021, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 292'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2210.5290.003 (Bilanzkonto 14290.20.01) für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Lerchenfeld.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

8. Verpflichtungskredit für die partizipative Erarbeitung einer Klimastrategie und von drei smarten Umsetzungsprojekten im Rahmen des Front Runner Programm des Bundes

Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 429'000 Franken als neue Ausgabe für die Erarbeitung einer Klimastrategie mit Zielsetzung Netto Null CO₂ 2050 inklusive drei partizipativen Umsetzungsprojekten im Rahmen des Förderprogrammes Front Runner des Bundesamts für Energie

Gemeinderätin Andrea de Meuron sagt, dass es bezüglich Klimaschutz für die einen nicht schnell genug gehen kann und die anderen den Bedarf nicht erkennen. Die Zielerreichung Netto-Null bis 2050 wurde vom Stadtrat gefordert. Auch sollte die Möglichkeit von Netto-Null bis 2030 geprüft werden. Der Gemeinderat hat das Ziel Netto-Null bis 2050 beschlossen. Die Stadt Thun gehört zu den ersten Unterzeichnenden

der Energiecharta. In den letzten Monaten wurde die Zeit genutzt, um Grundlagen zu erarbeiten, wie vorgegangen werden soll. Der Gemeinderat beantragt die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für die Erarbeitung einer Klimastrategie und drei Umsetzungsprojekte. Mit der Klimastrategie soll der nötige kommunale Beitrag zu der Klimapolitik vom Bundesrat und vom Pariser Abkommen geleistet werden. Es soll auch dem neuen Verfassungsartikel zum Klimaschutz, den das Berner Stimmvolk angenommen hat, Rechnung getragen werden. Man kann sich fragen, wieso dies so lange dauerte. Wenn man genau hinschaut und auf andere Städte blickt, war es richtig, dass der Gemeinderat einen fachlichen Bericht eingeholt hat und nicht Massnahmen einleitet, die eventuell keine Mehrheiten finden. Die Handlungskompetenzen der Stadt konnten evaluiert werden. Der Bericht umfasst verschiedene Szenarien in den Bereichen Gebäude, Mobilität, Gewerbe, Industrie und Photovoltaik. Als Folge des Berichtes weiss man, dass Netto-Null mit den städtischen Handlungskompetenzen bis 2030 nicht erreicht werden kann. Betreffend Fragestunde der SVP führt sie aus, dass die Versorgungssicherheit ein wichtiges Thema ist, weil die Dekarbonisierung eine Erhöhung des Stromverbrauchs mit sich bringen kann. Die Rückmeldungen der Parteien werden in das Handeln des Gemeinderates einfließen. Auf den fachlichen Grundlagen soll mit der Strategie in einem partizipativen Prozess gestartet werden. Strategien sind in der Kompetenz des Gemeinderats, aber er will die Partizipation mit einem Sounding-Board ermöglichen. Massnahmen sind notwendig. Die Mitwirkung der Bevölkerung und Wirtschaft ist Voraussetzung für die Zielerreichung. Beide Anspruchsgruppen sollen einbezogen werden. Es ist eine neue Herausforderung. Es braucht Mut. Der Bund hat in Form einer massgeblichen finanziellen Unterstützung den Mut von Thun gewürdigt. Thun hat den Zuschlag als eine von fünf Front Runner-Städten erhalten. Es soll nicht nur eine Strategie erarbeitet werden. Dafür hätte der Gemeinderat die Kompetenz, diese zu beschliessen. Es soll eine Roadmap unter Berücksichtigung der Treibhausemissionen und Systemgrenzen für einen technologieneutralen Absenkpfad geschaffen werden. Die Roadmap ist langfristig bis 2050 ausgerichtet. Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen werden sich ändern. Es werden technische Entwicklungen vorliegen. An die Roadmap werden Aktionspläne in kürzeren Perioden angegliedert. Damit kann auch auf die finanziellen und personellen Ressourcen Rücksicht genommen werden. Der erste Aktionsplan soll erarbeitet werden. Die Parteien haben 150 Ideen hierzu eingereicht. Diese und auch alle Vorstösse des Stadtrats betreffend Klima werden mitberücksichtigt. Es gibt drei Gefässe: das Reallabor Klima, den Clusteransatz Heizungsersatz und die partizipative Projektausschreibung. Sie kann nicht sagen, was dabei rauskommt. Beim Reallabor Klima kann man sich vorstellen, dass das Thema Wasserstoff für den Transport angegangen werden wird. Die Rolle der Stadt ist, dass die Akteure zusammengebracht werden sollen. Betreffend Clusteransatz Heizungsersatz ist festzuhalten, dass es im Kanton Bern über 90'000 Ölheizungen gibt. Der Handlungsbedarf und das Potential sind gross. Mit einem gezielten Vorgehen soll auf Anspruchsgruppen zugegangen werden. Ihre Bedürfnisse sollen in den Vordergrund gestellt werden. Bei der partizipativen Projektausschreibung sollen Ideen aus der Bevölkerung auf Wirkung und Kosten geprüft werden. Die Bevölkerung soll dann entscheiden, was umgesetzt werden soll. Die Kosten werden entscheidend sein. Den gegenüber dem Klimathema kritischen Stadträtinnen und Stadträten empfiehlt sie eine Beurteilung mit der finanzpolitischen Brille. Es werden 429'000 Franken beantragt. Dabei gilt das Bruttoprinzip. Die Stadt bezahlt effektiv 182'800 Franken, was innerhalb der Gemeinderatskompetenz liegt. Der Bund bezahlt einen Anteil von 181'200 Franken aber nur, wenn das Gesamtpaket umgesetzt wird. Das gleiche gilt für das EU-Projekt Horizont, wobei von Arbeitsleistungen von 65'000 Franken profitiert werden kann. Lehnt der Stadtrat den Kredit ab, wird der Gemeinderat dennoch die Aufträge vom Stadtrat umsetzen und auch eine Klimastrategie erarbeiten müssen. Dafür würde der Gemeinderat erfahrungsgemäss 200'000 Franken investieren müssen. Mit einem «Nein» würde man sich eine viertel Million entgehen lassen. Der Investitionskredit ist damit nicht nur betreffend Klima, sondern auch betreffend Stadtfinanzen eine nachhaltige Investition.

Franz Schori, **SAKO FIRU**, schildert, dass in der SAKO die Frage gestellt worden ist, ob der Klimanotstand aufgehoben wird, wenn der Stadtrat dem Geschäft zustimmt. Positiv würdigt die SAKO, dass Beiträge von Bund und Dritten erhältlich gemacht werden konnten. Die Beiträge vom Bund fallen so hoch aus, weil es sich um einen innovativen Ansatz handelt und die Mitwirkung der Bevölkerung auf die höchste Ebene gehoben wird. Schweizweit ist neu, dass partizipative Projektausschreibungen erfolgen, so dass

Thunerinnen und Thuner Projekte und Ideen einreichen und dann auch mitentscheiden können, was umgesetzt wird. Das Reallabor Klima kann erreichen, dass für gute Ideen die richtigen Leute zusammenfinden. Neben vielen Organisationen der Thuner Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden auch alle Thuner Parteien für das Sounding-Board eingeladen. Es wurden Befürchtungen geäussert, dass es schwierig ist, mit einem grossen Sounding-Board zu arbeiten. Das beauftragte Büro hat aber Erfahrungen mit solchen Prozessen. Für die Zielerreichung ist es wichtig, Wirtschaft und die Bevölkerung im Boot zu haben, was den Einbezug vieler Interessengruppen erfordert. Innovativ ist der Clusteransatz für Heizungen. Energieberatungen sollen dabei an effektive Bedürfnisse geclustert werden. Die SAKO empfiehlt mit vier Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen und einer Abwesenheit die Annahme des vorliegenden Kreditgeschäfts.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass sich die SP ein höheres Tempo gewünscht hätte bei der Erarbeitung der Klimastrategie. Aber er weiss, dass gute Arbeit gewisse Zeit beansprucht und die Ressourcen knapp sind. Es soll eine personelle Aufstockung der Fachstelle Umwelt Energie und Mobilität in Betracht gezogen werden. Das Ziel einer CO₂-neutralen Stadt ist ein hohes Ziel. Es bedarf einer fundierten Strategie, die von den verschiedenen Interessengruppen mitgetragen und umgesetzt wird. Erfreulich sind die hohen Partizipationsmöglichkeiten. Er hat Verständnis für alle, die sagen, dass endlich gehandelt werden soll. Aktionistisches Handeln kann etwas bewirken, aber wird Thun nie zu Netto-Null führen. Die öffentliche Hand kann mit der Beschaffungspolitik grosse Wirkung erzielen. Die Stadt muss auf dem Weg zu Netto-Null eine Vorbildrolle einnehmen. Die Fraktion stimmt dem Kreditgeschäft einstimmig zu.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, wird schwindlig, wenn er an die Kosten und Folgekosten dieses Geschäfts denkt. Bei genauer Betrachtung ist einiges unklar. Beim Sounding-Board gibt es Probleme bei der Effizienz. Auch problematisch ist die demokratische Legitimation. Welche Vereine eingeladen sind oder nicht, ist nicht von einer demokratischen Legitimation abhängig, sondern von einer gewissen Willkür. Das einzige demokratisch legitimierte Gremium ist – neben dem Gemeinderat und der Gesamtbevölkerung – der Stadtrat. Beim Sounding-Board können vielleicht Vereine teilnehmen, deren Hauptsitz in Thun ist, aber die Mitglieder kommen von irgendwoher. Die Hauptverantwortung muss bei demokratisch legitimen Gremien liegen. Eine Mitwirkung kann durchaus sinnvoll sein. Kritisch sieht er die Versorgungssicherheit. Die Bevölkerung und die KMU sind auf Versorgungssicherheit angewiesen. Im Bereich Heizungen und Mobilität werden ungebremsst stromintensive Technologien weiterverfolgt. Er stellte sich die Frage, wie mit allfälligen Problemen umgegangen werden soll. Positiv ist, dass sich der Gemeinderat mit dem Dokument von der Traumvorstellung der Klimaneutralität bis 2030 verabschiedet. Es soll auf Innovationen und nicht auf Verbot gesetzt werden. Es wird nicht einfach sein, das Ziel bis 2050 zu erreichen, gerade weil es ein globales Problem ist. Die Gemeinde ist oft nicht die richtige Ebene, um nachhaltige Lösungen zu finden. Die geplanten Massnahmen sind nur möglich mit einer umgehenden Implementierung von Versorgungssicherheit. Die Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung und verlangt, dass die Thematik der Versorgungssicherheit explizit inbegriffen sein muss. Der Gemeinderat verweist in der Fragestunde auf ein früheres Postulat. Die SVP ist damit nicht zufrieden und die Problematik wird nicht genügend angegangen. Er wartet auf die Auflösung des nicht juristisch legitimen Klimanotstands, da es eine Strategie geben wird.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, findet, dass die Stadt die Möglichkeit hat, sich positiv zu positionieren. Er nimmt vorweg, dass die Fraktion das Geschäft erfreulich findet. Die Klimakrise ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Man kann sehen, dass viel gearbeitet wurde seit der Ausrufung des Klimanotstands. Die Klimastrategie kann bei einem Ja ausgearbeitet werden. Anderen Städten fehlen quantitative Grundlagen, welche Thun nun hat. Er hofft, dass dies als Grundlage für eine Klimaroadmap 2050 dienen kann. Der neue Klimaschutzartikel fordert, dass sich Gemeinden aktiv für die Begrenzung von Klimaveränderungen einsetzen. Die drei Umsetzungsprojekte sind sinnvoll, innovativ und interessant. Nur gemeinsam ist es möglich, die hohen Klimazielsetzungen umzusetzen. Netto betrachtet würde das Geschäft sogar in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Bei diesem Geschäft geht es um einen Beitrag an die Zukunft von menschlichem Leben auf diesem Planeten. Auch die grosse Fremdbeteiligung spricht dafür, zuzuschlagen. Bei einem Nein würde dies kaum günstiger kommen. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen. Eine Rückweisung sieht die Fraktion kritisch.

Susanne Gyga, **Fraktion EVP+EDU**, findet, dass die Investitionen klar ausgewiesen sind. Die Strategie verursacht Kosten. Aus dem akribischen Grundlagenprojekt geht hervor, dass der Gemeinde der notwendige Handlungsspielraum fehlt, um das Ziel Netto-Null bis 2030 zu erreichen und das Ziel muss auf 2050 angepasst werden. Betreffend Stadtverwaltung wird prognostiziert, dass diese das Ziel Netto-Null deutlich vor 2050 erreichen könnte. Die Projektstruktur und der partizipative Ansatz versprechen Interessantes. Die Fraktion gibt dem Verpflichtungskredit ihre Zustimmung.

Markus van Wijk (FDP) führt aus, dass das Ziel gemäss Botschaft ist, die Smart City und die Energiestadt in Verbindung zu bringen. Dies ist nur teilweise möglich, nämlich dort, wo es Massnahmen im Rahmen der Entwicklung von Smart City gibt, die gleichzeitig der Zielerreichung einer Strategie der Klimaneutralität bis 2050 entspricht. Damit diese Identifikation möglich ist, braucht es eine Public Value Scorecard, die auf strategischer Stufe definiert, welche Prioritäten gesetzt werden beispielsweise auch im Bereich Energiesicherheit. Er hofft, dass dies auch in Thun angedacht ist. Er fragt sich, ob in der Darstellung mit Roadmap und diversen Aktionsplänen nicht auch wichtige Begriffe wie Mission, Vision und SWAT-Analyse fehlen. Das Reallabor ist eine spannende Sache. Die Herausforderung wird sein, die wichtigen Stakeholder zu motivieren. Bereits heute sind smarte Innovationen in unserem Raum angestossen und interessante Player wie die EMPA beschäftigen sich bereits mit solchen Themen. Die partizipative Projektausschreibung ist sehr relevant. Hier soll nicht nur kommunal, sondern regional und überregional überlegt werden. Der Erfolg einer richtigen Bürgerbeteiligung hängt vom klaren Commitment der Regierung betreffend ihre strategischen Ziele, der Mitnahme der Bevölkerung und einer verwaltungsinternen Akzeptanz ab. Die erwähnten Kosten sind durchaus berechtigt, da es um eine strategische Entwicklung geht, die für uns und unsere Nachkommen wichtig ist. Die monierten fehlenden Fulltime-Äquivalente sind durch Umschichtungen innerhalb der Verwaltung zu generieren. Die FDP nimmt den entsprechenden Verpflichtungskredit an.

Alois Studerus, **Fraktion glp/die Mitte**, teilt mit, dass die Fraktion das Projekt mehrheitlich unterstützt. Es ist wesentlich, dass die Strategie festgeschrieben wird. Klar ist, dass die Klimastrategie 2030 nicht umsetzbar ist. Die möglichen Handlungsfelder werden im Bericht aufgezeigt. Die Strategie wird reinen Verboten vorgezogen. Durch die drei Gefässe sollen gewisse Innovationen und neue Abläufe entstehen. Die finanziellen Verpflichtungen werden netto unter 200'000 Franken betragen. Die erarbeiteten Grundlagen sind nachvollziehbar und zeigen auf, wie weitergegangen werden kann.

Thomas Hiltbold (Grüne) äussert sich zum Rückweisungsantrag. Dieser ist ihm sauer aufgestossen. Es geht um eine Verzögerungsstrategie. Die Versorgungssicherheit ist wichtig. Ab Seite 100 ist dies aufgeführt und Gegenmassnahmen werden skizziert. Entscheidend ist, dass endlich aufgebrochen wird. Der Weg bis 2050 ist lange und man muss viel Kraft haben. Man kann nicht erst beginnen, wenn alles geklärt ist. Der Preis ist sehr günstig und es ist ein sehr innovatives Projekt. Es soll mit Optimismus gestartet werden und die Chancen sollen gepackt werden. Dem Rückweisungsantrag muss eine deutliche Absage erteilt werden.

Gemeinderätin Andrea de Meuron teilt Stadtrat Schori mit, dass eine Teilstrategie für die Verwaltung ein Bestandteil der Strategie ist. Stadtrat van Wijk teilt sie mit, dass die Vision und die Grundsätze zu Beginn jeder Strategie stehen. Zu Stadtrat Bortler sagt sie, dass das Sounding-Board nicht nur für politische Vertreterinnen und Vertreter besteht. Die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Quartierleute sollen wie auch die Politik eingebunden werden. Dabei stehen stets Thuner Akteurinnen und Akteure sowie Interessensvertreter im Fokus. Konkrete Vorschläge hierzu können eingebracht werden. Bei der Roadmap, bei den Massnahmen und vor der Konsultation soll das Sounding-Board einbezogen werden. Der Zeitrahmen des ganzen Projektes beträgt zwei Jahre. Eine Rückweisung würde zu einer zeitlichen Verzögerung führen, die nicht zielführend ist und sie würde riskieren, dass der Bund seine Beiträge streicht. Der Gemeinderat ist in den Startlöchern. Sie fragt sich, inwieweit die Frage in Bezug zur Fragestunde «Versorgungssicherheit» – welche der Gemeinderat beantwortet – einen Mehrwert bringt, damit man dann Ja zum Kredit sagen könnte. Im Grundlagenbericht wurde darauf eingegangen und auch in der Strategie wird

die Versorgungssicherheit behandelt werden. Klimaneutralität bedeutet nicht in jedem Fall, dass der Strombedarf erhöht werden muss. Das zeigt sich auch am Beispiel Biogasbezug der städtischen Liegenschaften, dank dem die städtische CO₂ Bilanz halbiert werden konnte. Wenn der Bericht zum Postulat vorliegt, wird noch keine Umsetzung aus Massnahmen der Klimastrategie erfolgt sein. Sie ist froh, wenn man gegenüber dem Rückweisungsantrag eine abschlägige Haltung einnehmen kann.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 27 : 11 Stimmen ab.

Der Rat genehmigt mit 26 : 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. Dezember 2021, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 429'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5210.5290.002 (Bilanzkonto Nr. 1429.10.01) für die Klimastrategie 2050 der Stadt Thun und von drei smarten Umsetzungsprojekten im Rahmen des Front Runner Programm des Bundes.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

9. Postulat P 9/2021 betreffend Förderung von E-Mobilität - Strategie für Ladestationen im öffentlichen Raum

Marc Barben (Grüne/JG), Fraktion Grüne, Fraktion SP, Nicole Krenger (glp), Nicolas Glauser (glp), Daniela Huber Notter (Die Mitte), Alois Studerus (Die Mitte) und Simon Werren (Die Mitte) vom 23. September 2021; Beantwortung

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass es derzeit 29 öffentliche Ladestationen gibt und kurz- bis mittelfristig 160 öffentliche Ladestationen und 24 Schnellladestationen benötigt werden. Es wird begrüsst, dass derzeit ein verwaltungsinternes Mobilitätsmanagement erarbeitet wird und dabei E-Mobilität und Ladeinfrastruktur berücksichtigt werden. Auch der regelmässige Austausch mit den umliegenden Gemeinden ist erfreulich. Die überkommunale Zusammenarbeit ist wichtig für eine effiziente und wirksame Umsetzung. Bezüglich der Rolle der Stadt Thun wird erwähnt, dass es nicht ihre Aufgabe ist, Ladesäulen zu betreiben, sie aber eine koordinierende Rolle einnehmen kann. Wichtig ist, dass Thun eine aktive Rolle einnimmt. Es soll früh genug mit der Erstellung der erforderlichen Ladestationen im öffentlichen Raum gestartet werden. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen.

Daniela Huber Notter, **Fraktion glp/die Mitte**, teilt mit, dass die Fraktion grösstenteils erfreut ist, dass die Stadt Thun mit gutem Beispiel vorangehen will. Wasserstoff soll der Stadt zur Energiestadt verhelfen. Die überkommunale Zusammenarbeit für eine Energieregion stimmt zuversichtlich. Das Thema Elektromobilität ist ein Thema, das erste Priorität geniessen sollte. Ladestationen sollten bei Sanierungen und Neubauten vorhanden sein müssen. Es ist gut, wenn die Stadt eine koordinierende Rolle übernimmt. Persönlich macht ihr Bauchweh, wie der Strom bereitgestellt werden soll. Der Ausbau von Wasserkraft, Windenergie und Solaranlagen ist zentral. Es müssen Kompromisse betreffend Landschafts- und Naturschutz getroffen werden. Der Import von Strom aus dem Ausland ist keine gute Idee. Die Fraktion wird dem Gemeinderat grossmehrheitlich folgen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet, dass das vorliegende Postulat etwas verlangt, das in Kürze nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Dies ist Strom. Eine Stromknappheit wird seit langer Zeit prognostiziert. Vor diesem Hintergrund wollen gewisse Kreise Strom verteilen, den es gar nicht mehr geben wird. Die Fraktion will zuerst wissen, wie die Stromversorgung bereitgestellt werden soll. Sonst macht es keinen Sinn, heute über E-Mobilität zu diskutieren. Die Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich ablehnen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, findet weitere Tankstellen für die E-Mobilität erforderlich. Er erinnert daran, dass im Mittelalter Gasthöfe die «Tankstellen» für Pferde waren, dass vor rund 100 Jahren Tankstellen für Autos notwendig wurden und jetzt eben Tankstellen für die Elektromobilität nötig sind. Die Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat dies auch so sieht und wird dem Postulat zustimmen.

Hanspeter Aellig (FDP) teilt mit, dass die Frage über E-Mobilität die Zukunft begleiten wird. Dazu müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das Reduktionsziel im Verkehr muss über eine CO₂-arme Mobilität erreicht werden. Dabei stehen nicht einzelne Technologien, sondern der Ideenwettbewerb im Vordergrund. Alternative Treibstoffe oder die Elektrifizierung des Strassenverkehrs werden rascher verbreitet, wenn dafür die notwendigen Infrastrukturen wie Ladestationen, Wasserstofftankstellen, und die Produktion und Verteilung von alternativen Energien zur Verfügung stehen. Öffentliche Parkplätze und Mehrfamilienhäuser sollen durch Anreizsysteme mit Ladestationen ausgerüstet werden. Durch verkehrstechnische und bauliche Massnahmen sollen in den Agglomerationen elektrische oder durch Wasserstoff betriebene Fahrzeuge unterstützt werden. Die FDP teilt die Auffassung, dass die Problematik überregional oder kantonale angegangen werden muss. Die richtigen Schritte wurden hier eingeleitet. Die Stadt kann eine koordinierende Rolle einnehmen, soll aber nicht selbst Ladesäulen betreiben. Die FDP Schweiz überlegt sich, ob das Verbot von AKW- oder Nuklearstrom aufgehoben werden soll. Die FDP vermisst betreffend Innovation eine Vorwärtsstrategie. Das Ganze ist aber stimmig und die FDP kann das Postulat einstimmig annehmen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU**, erörtert, dass es eine Vielzahl von Massnahmen braucht, um das Klima wieder ins Lot zu bringen. Deshalb unterstützt die Fraktion diesen Vorstoss. Es ist jetzt an der Zeit zu handeln. Zuwarten bringt nur negative Effekte. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit private Neubauten Ladestationen anbieten. Es ist sinnvoll, wenn unternehmerische Partner mit entsprechendem Knowhow Konzepte, Beratung und Umsetzungsangebote für Hauseigentümer und Geschäftsliegenschaften bereitstellen. Es sollen Anreize für bestehende Liegenschaften geschaffen werden. Neubauten sollten die Aspekte der E-Mobilität verbindlich einfließen lassen müssen. Es soll geklärt werden, welche städtischen Liegenschaften wie Parkhäuser und Parkplätze sich dazu eignen, Angebote im kommerziellen Sinn anzubieten. Dies kann auch bedeuten, Parken und Laden über Nacht mit einer vereinfachten Abrechnung anzubieten. Es kann auch für E-Autos eine günstigere Parklösung bereitgestellt werden, damit die E-Mobilität weiter gefördert werden kann. Weitere Ideen und Massnahmen sind erforderlich. Genügend Energie wird der Schlüsselfaktor sein. Auf allen grösseren Gebäuden der öffentlichen Hand sollen Solaranlagen realisiert werden. Nur dadurch kann die E-Mobilität gefördert werden.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, sagt, dass die Angst der Stromlücke nicht unbegründet ist. Es gibt Möglichkeiten, wie man schnell dagegen vorgehen kann zum Beispiel durch den Bau von Gebäuden, die mehr Energie erzeugen als verbrauchen. Mit entsprechenden Installationen kann geheizt, gekocht und das E-Auto aufgeladen werden. Gebäudeeigentümer und auch die Stadt Thun können dies fördern. Er glaubt nicht, dass AKW die Lösung für die Zukunft sind. Photovoltaikanlagen sind gemäss seiner Ansicht die Zukunft.

Reto Kestenholz (Grüne) hat sich den Gedanken gemacht, dass viele Leute ein hohes Vertrauen in die Versorgungssicherheit bei fossilen Energien haben. Dies ist nicht zukunftstauglich, weil diese Ressourcen begrenzt sind. Es ist zielführender, wenn man auf fortschrittliche Energien setzt. Bewusste Entscheide sind wichtig. Man kann auch den ÖV oder das Velo nutzen, bevor man sich für das Elektroauto entscheidet.

Gemeinderätin Andrea de Meuron ruft in Erinnerung, dass dem Klimabericht zu entnehmen ist, dass der Grundsatz zur Mobilität «Vermeiden, Verlagern, Verbessern» auch gemäss der Mobilitätsstrategie des Kantons festgesetzt worden ist. Die E-Mobilität ist eine Möglichkeit des letzten Punktes, eine Verbesserung des verbleibenden Verkehrs. Persönlich sieht sie auch das Vernetzen als weiteren Punkt. Die Energie

Thun AG ist innovativ. Sie ist auch Teilhaberin von eCarUp. Dadurch können eigene Ladestationen anderen E-Fahrzeugnutzerinnen und -nutzern freigegeben werden.

Marc Barben (Grüne) führt aus, dass die Versorgungssicherheit in der Schweiz gegeben ist. Eine allfällige Versorgungslücke als oberste Priorität jetzt lösen zu wollen und alle anderen Probleme zurückstellen zu wollen, wird langfristig mehr Probleme mit sich bringen als lösen. Viele smarte Ansätze liegen vor und werden umgesetzt. Es soll vorwärts gemacht und Thun weitergebracht werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltung als erheblich.

10. Fragestunde F 1/2022 betreffend langfristige Sicherstellung der elektrischen Stromversorgung der Stadt Thun; Fraktion SVP vom 18. Januar 2022, Beantwortung

Die Fragestunde F 1/2022 wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert, dass der Skitag am Samstag, 5. März 2022 in Rosswald stattfinden wird. Die Einladung folgt per Mail.

Eingänge

- Postulat P 1/2022 betreffend Raum der Begegnung und Teilhabe in der Schadaugärtnerei; Fraktionen EVP+EDU, SP und Grüne/JG vom 21. Januar 2022

Der Stadtratspräsident



Martin Allemann

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder